

Formular 1 - Bewerbungsanschreiben für den gehobenen Polizeivollzugsdienst

Datum:

Name:

Geburtsdatum:

Vorname:

Geschlecht:

PLZ + Wohnort:

Tel.:

Straße Hausnr.:

Personalausweis-/

Passnummer: ausst. Behörde :

ggf. Aufenthaltstitelnr.:

E-Mail-Adresse:

Ich bewerbe mich mit:

Abitur/Fachhochschulreife

Berufsausbildung (BBHZVO)

Sonstiger Qualifikation

Freiwillige Angaben zu bestehenden
Social-Media-Accounts (Kanal und Username):

.....

.....

.....

Anlagen zur Onlinebewerbung

In Kopie beigelegt sind:

- Personalausweis, Reisepass oder ggf. Aufenthaltstitel

sowie im Original beigelegt sind:

- tabellarischer und **unterschiedlicher** Lebenslauf

Basisformulare 1 bis 3 bestehend aus:

- Formular 1 - Bewerbungsanschreiben
- Formular 2 - Erklärung zum Bewerbungsverfahren
- Formular 3 - Einwilligungserklärung zur Dokumentation von Körperschmuck

Besteht bei Ihnen eine körperliche Behinderung?

ja nein

Wenn ja, Art der Behinderung:

.....

Ich nehme zur Kenntnis, dass nach einem erfolglosen Auswahlverfahren keine weitere Bewerbung für dasselbe Einstellungsjahr möglich ist. Ich versichere, dass ich alle Eintragungen in den beiliegenden Formularen und Erklärungen nach bestem Wissen und Gewissen vorgenommen bzw. beigebracht habe.

.....

Ort, Datum, Unterschrift

Formular 2.1 - Erklärung zum Bewerbungsvorgang

.....
Name Vorname Geb.-Datum

Ich erkläre ausdrücklich, (Unterschrift erforderlich)*

dass ich in geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen lebe, ggf. vorhandene finanzielle Verbindlichkeiten (Ratenzahlungen, Unterhaltsverpflichtungen, Rückzahlung von Krediten) usw. laufend erfüllen werde.

Bitte beantworten Sie folgende Fragen: Ja Nein

1. Sind Sie strafrechtlich verurteilt worden, auch Jugendstrafrecht?
2. Ist, bzw. war gegen Sie ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren (auch eingestellte Verfahren) anhängig?

Im Hinblick auf strafrechtliche Verurteilungen besteht bei Bewerbungen für den öffentlichen Dienst gem § 53 Abs. 2 Bundeszentralregistergesetz (BZRG) in Verbindung mit § 41 Abs. 1 Nr. 2 BZRG kein Recht diese zu verschweigen, auch wenn diese nicht in ein Führungszeugnis aufzunehmen und nicht im Bundeszentralregister eingetragen sind. Ein Verschweigen kann daher zu einer ablehnenden Entscheidung führen.

Darüber hinaus kann gemäß § 52 Abs. 1 Nr. 4 BZRG eine Verurteilung, auch wenn sie getilgt wurde oder zu tilgen ist, zu Ihrem Nachteil verwertet werden.

Ein Recht zum Verschweigen besteht auch nicht bezüglich laufender sowie abgeschlossener strafrechtlicher Ermittlungsverfahren. Sie sind dazu verpflichtet, dem LAFP NRW umgehend mitzuteilen, falls gegen Sie eine Strafanzeige erstattet oder ein Ermittlungsverfahren/Strafverfahren eröffnet wird.

Sollten Sie strafrechtlich verurteilt worden sein bzw. ist/war gegen Sie ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren anhängig, willigen Sie mit Ihrer Unterschrift ein, dass das LAFP NRW Einsicht in eventuell vorhandene Ermittlungs-/strafakten nehmen darf. Am ersten Auswahlverfahrenstag wird Ihnen die Möglichkeit der Erläuterung gegeben. Daher werden Sie gebeten, das Aktenzeichen und die zuständige Staatsanwaltschaft/Ordnungsbehörde zu benennen. Diese Einwilligungserklärung können Sie unter der E-Mail-Adresse polizeiberuf@polizei.nrw.de widerrufen.

*
.....

Ort, Datum, Unterschrift

Bei Minderjährigen zusätzlich Unterschrift einer gesetzlichen Vertreterin/eines gesetzlichen Vertreters:

.....
Ort, Datum, Unterschrift

Formular 2.2 - Erklärung zum Bewerbungsverfahren

.....
Name

.....
Vorname

.....
Geb.-Datum

Angaben zu Bewerbungen oder Diensten bei Länderpolizeien, Bundespolizei, Zoll oder weiteren Tätigkeiten im öffentlichen Dienst

Ich habe mich früher/aktuell bei der Bundespolizei, dem Zoll, einer anderen Landespolizei oder weiteren Tätigkeiten im öffentlichen Dienst beworben

Nein (Unterschrift erforderlich)*

Ja (Unterschrift erforderlich)* wann:

bei (genaue Bezeichnung der Dienststelle, Straße, PLZ, Ort):

.....

	ja	nein	
Eignungs-/Auswahlverfahren bestanden:			nicht durchgeführt
	ja	nein	

Ich bin/war Polizeivollzugsbeamtin/Polizeivollzugsbeamter:

mittlerer Dienst

gehobener Dienst

Ich willige ein, dass das LAFP NRW Einsicht in meine Bewerbungs-, Prüfungs- und Personalakte (einschließlich Krankenakte) nehmen kann. Entsprechende Unterlagen sind bei der folgenden Dienststelle vorhanden:

Anschrift der Dienststelle:

Dauer der Dienstzeit vom: bis

Zweck: Einsichtnahme im Rahmen der Eignungsprüfung, Vereinfachung des Bewerbungs- und Einstellungsverfahrens.

*

.....
Ort, Datum, Unterschrift

Bei Minderjährigen zusätzlich Unterschrift einer gesetzlichen Vertreterin/eines gesetzlichen Vertreters:

.....
Ort, Datum, Unterschrift

Nachfolgendes erst am ersten Auswahlverfahrenstag unterschreiben

Die Bewerberin/der Bewerber wurde durch mich belehrt. Ich versichere, dass ich der Bewerberin/dem Bewerber die o. a. Erklärung erläutert habe und Fragen geklärt wurden. Auf die Pflicht zur Benachrichtigung wurde der Bewerbende hingewiesen.

.....
Ort, Datum, Unterschrift der Bewerberin/des Bewerbers

.....
Unterschrift Mitglied der Personalauswahl

Formular 3 - Einwilligungserklärung zur Dokumentation von Körperschmuck

.....
Name

.....
Vorname

.....
Geb.-Datum

Zum Zwecke der Eingehung eines Dienstverhältnisses ist jeglicher Körperschmuck zu erheben und im Rahmen des Personalauswahlverfahrens von der zuständigen Stelle zu bearbeiten.

Unter Körperschmuck fällt jede nicht medizinische Körpermodifikation, die überwiegend permanent den Körper verändert.
Hierunter fallen:

- Tätowierungen
- Piercings (inkl. Flesh Tunnel und Flesh Plugs)
- Skarifikationen (Cuttings, Brandings)
- Implantate
- Spaltung der Zunge
- Vergleichbares

Ich bin damit einverstanden, dass die untersuchende Polizeiärztin/der untersuchende Polizeiarzt im Rahmen der ärztlichen Untersuchung zur Bewertung von Körperschmuck Fotos fertigt.

Körperschmuck im Intimbereich (Frauen: Scham sowie das Geschlechtsmerkmal Brust und Busen, Gesäßbacken / Männer: Penis, Scrotum, Gesäßbacken) wird lediglich beschrieben.

Der Körperschmuck wird durch eine eigens dazu einberufene Kommission bewertet.

Hinweis: Sofern nach der ärztlichen Untersuchung nachträglich Körperschmuck angebracht wird, ist eine erneute Begutachtung durch die Kommission erforderlich. Dies kann im Einzelfall Ihre Einstellung verzögern, gefährden oder verhindern.

.....
Ort, Datum, Unterschrift

Bei Minderjährigen zusätzlich Unterschrift einer gesetzlichen Vertreterin/eines gesetzlichen Vertreters:

.....
Ort, Datum, Unterschrift